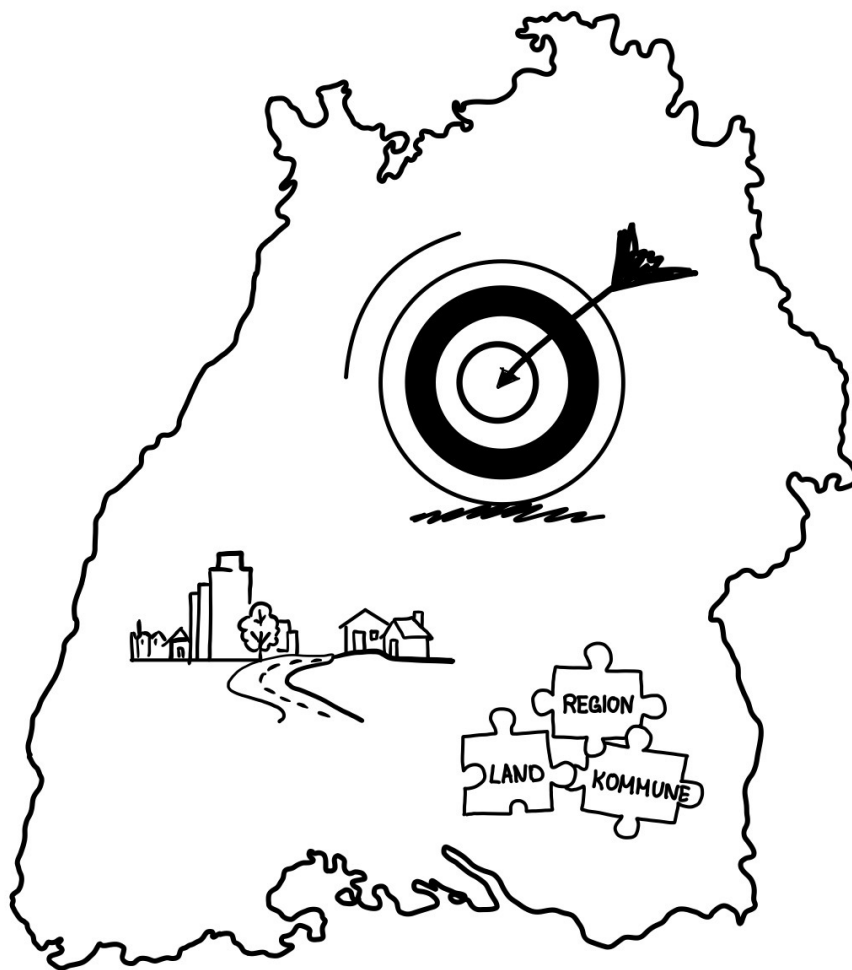


ARL

AKADEMIE FÜR
RAUMENTWICKLUNG IN DER
LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

RAUMENTWICKLUNG UND LANDESPLANUNG 2026-2031

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE LANDESPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Aus dem Regionalen ARL-Forum Baden-Württemberg



Raumentwicklung und Landesplanung 2026-2031

Empfehlungen für die Landespolitik in Baden-Württemberg

Aus dem Regionalen ARL-Forum Baden-Württemberg

Inhalt

Strategische räumliche Planung ist wichtig für Baden-Württemberg

Was kann die Akademie für Raumentwicklung beitragen?

ANHANG

Baden-Württemberg räumlich vorwärtsbringen – was sind die Ziele?

Wie werden die Ziele strukturell erreicht?

Wie werden die Ziele inhaltlich erreicht?

Welche Rolle spielen Beteiligungsformate?

Zum Weiterlesen

Autorenteam:

Wolf Engelbach, Dirk Seidemann, Jörn Birkmann, Maleen von Au,
Annika Hiller, Marc Heptig, Barbara Warner

unter Verwendung zahlreicher Anregungen vieler weiterer Mitglieder
des Regionalen ARL-Forums Baden-Württemberg

mit Grafiken von Annika Hiller

Stand 10.03.2026

Kontakt:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft
Vahrenwalder Straße 247
30179 Hannover

Dr. Barbara Warner

+ 49 (0)511 348 42-22

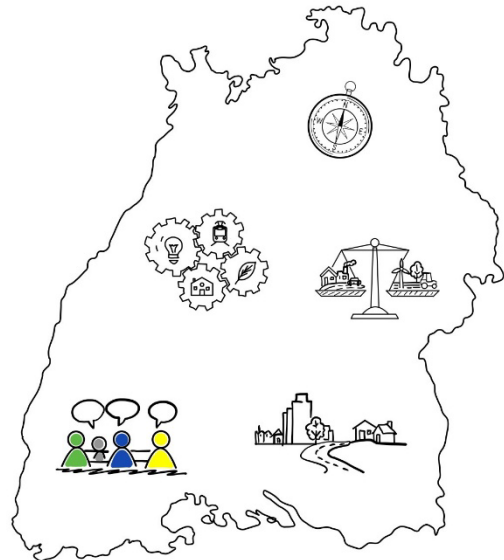
barbara.warner@arl-net.de

www.arl-net.de



Strategische räumliche Planung ist wichtig für Baden-Württemberg

Gesellschaftliche Veränderungen, wirtschaftlicher Strukturwandel und ökologische Herausforderungen bedingen unterschiedliche und oft konkurrierende Ansprüche an Flächen und benötigen integrative Lösungsansätze. Die Autorinnen und Autoren unterstützen mit dem vorliegenden Positionspapier anlässlich der Landtagswahlen 2026 eine engagierte räumliche Planung für Baden-Württemberg, die die Chancen und Herausforderungen des Landes aufgreift und dabei einen verantwortungsvollen Umgang mit Flächen und Raumnutzungen sichert.



Im Regionalen ARL-Forum Baden-Württemberg diskutieren Planungspraktiker:innen und weitere Expert:innen der Raumentwicklung aus Wissenschaft und Praxis zu vielfältigen Themen der räumlichen Planung. Um Baden-Württemberg systematisch und abgewogen voranzubringen, formulieren die Autorinnen und Autoren folgende grundlegende Empfehlungen:

1. Landes- und Regionalplanung kann wichtige **Impulse und Lösungsansätze** für überkommunale Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels, des demographischen Wandels sowie der Klima- und Biodiversitätskrise bieten.
2. Dabei sind sektorübergreifende und vielfach überkommunale Ansätze notwendig, die im Rahmen einer **aktiven und kooperativen Landes- und Regionalplanung** angegangen werden müssen.
3. Angesichts knapperer öffentlicher Haushalte und zunehmender Herausforderungen durch den wirtschaftlichen Strukturwandel im Land und seinen Teilregionen sind Strategien und Instrumente erforderlich, die **Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit von städtischen und ländlichen Räumen sichern**. Hierzu dient auch die Landes- und Regionalplanung, die auf die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse zielt.



4. **Strategische und überkommunale Planung kann räumliche Zielkonflikte frühzeitig erkennen** und bearbeiten, sodass knappe öffentliche Mittel an den passenden Orten stimmig eingesetzt werden. Die Akzeptanz von planerischen Entscheidungen kann dadurch gestärkt und die Umsetzung beschleunigt werden.
5. Die begonnene Aufstellung eines neuen **Landesentwicklungsplans** gilt es in der kommenden Legislaturperiode abzuschließen und ihn aktuell zu halten.
6. Die kommunal verfassten Regionalverbände sollten in ihren **Aufgaben der Regionalplanung und Regionalentwicklung gestärkt** werden, um gemeinde- und sektorenübergreifende Lösungen zu befördern.
7. **Interkommunale Kooperation** gewinnt an Bedeutung für viele Herausforderungen im Kontext des wirtschaftlichen Strukturwandels, der demographischen Veränderungen und des Klimawandels und sollte daher seitens des Landes rechtlich erleichtert und strukturell unterstützt werden.
8. **Transparente Beteiligungen** sind für akzeptierte Planungen wichtig, wobei für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wenig repräsentierte Gruppen mehr Gehör finden sollten.
9. Für die Entwicklung konkreter Lösungsstrategien bietet die ARL mit ihrem Regionalen Forum Baden-Württemberg dem Land gerne **seine Expertise und Kompetenz** an und freut sich über einen **Dialog mit Politik und Verwaltung**.



Was kann die ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft mit ihrem Regionalen Forum Baden-Württemberg beitragen?

Das Regionale ARL-Forum Baden-Württemberg setzt sich mit zentralen Themen der Raumentwicklung im Bundesland auseinander. **Debatten und verschiedene Arbeits- und Austauschformate** findet u. a. über die beteiligten Personen aus unterschiedlichen Institutionen der regionalen, kommunalen und der Landesebene statt.

Die Kompetenzen des Forums können für konkrete Arbeitsfelder von Politik und Verwaltung angefragt werden, sei es für die Aufstellung des Landesentwicklungsplans, die Gestaltung der Raumbeobachtung oder Regionale Entwicklungskonzepte. Sie können sich aber auch auf **die räumliche Dimension sektoraler fachlicher Fragestellungen** beziehen.



Das Land könnte die längerfristige Kooperation zwischen raumwissenschaftlicher Forschung und Planungspraxis durch gezielte Projekte und Kooperationsansätze auch im Rahmen von **raumrelevanten Förderprogrammen** stärken, auch hierfür ist das Regionale ARL-Forum ein Partner.

Angebote des Regionalen ARL-Forums Baden-Württemberg:

- Fachliche Expertise zu Fragen der Regionalentwicklung, der Regionalplanung und zu raumwissenschaftlichen Themen
- Informelle Beratung und formelle Stellungnahmen über die ARL
- Raum für Austausch und Diskussion zu landesspezifischen und grenzüberschreitenden Themen der Raumentwicklung
- Vernetzung mit Fachkolleg:innen aus anderen Bundesländern und Expert:innen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft – deutschlandweit und im europäischen Kontext
- Zusammenarbeit mit den raum- und umweltplanungsbezogenen Instituten an den Universitäten und Hochschulen in Forschung und Lehre



ANHANG

Herausforderungen wie der wirtschaftliche Strukturwandel, die Anpassung an den Klimawandel oder (geo-)politische Veränderungen gehen mit veränderten Flächenansprüchen einher, die **eine systematische räumliche Planung und die integrative Lösung von Nutzungs- und Interessenskonflikten unabdingbar** machen.

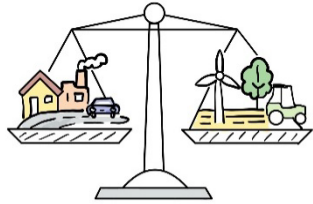
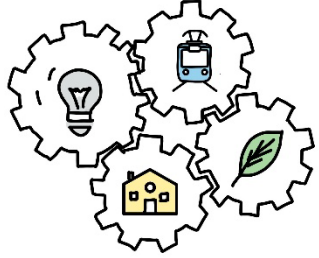
Das vorliegende Positionspapier richtet sich anlässlich der Landtagswahlen in 2026 an die Vertreter:innen der Landespolitik Baden-Württembergs und gibt Anregungen für **Beiträge der Planung zum effizienten Einsatz öffentlicher Mittel**, eine beschleunigte Umsetzung durch abgestimmte Maßnahmen sowie geeignete Zuordnung von Aufgaben auf Verwaltungsebenen.



Baden-Württemberg (BW) sollte danach streben, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und zugleich Ziele wie Klimaneutralität oder den verantwortungsvollen Umgang mit Fläche zu konkretisieren. Hierfür müssen in der kommenden Legislaturperiode die Weichen gestellt werden. **Als moderierende und gestaltende Kraft hat die räumliche Planung eine entscheidende Bedeutung** für die nachhaltige Raumentwicklung Baden-Württembergs im Sinne des §1 ROG. Damit übernimmt Baden-Württemberg auch Verantwortung für zukünftige Generationen.



Baden-Württemberg räumlich vorwärtsbringen – Was sind die Ziele?

- BW schafft gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes. Die integrierte und gesamt-räumliche Planung auf Landes- und Regionalebene sichert die Lebensgrundlagen und Chancengerechtigkeit in Stadt und Land. Auch in ländlich geprägten Gebieten sind alle wichtigen Leistungen der Daseinsvorsorge dauerhaft sichergestellt.
- 
- BW wird Vorreiter einer innovativen, ressourcenschonenden und kreislauffähigen Wirtschaft. Die Landes- und Regionalplanung schafft passende Rahmenbedingungen, damit Unternehmen erfolgreich und nachhaltig wirtschaften können. Dazu zählt die Bereitstellung von Infrastruktur, Wohnraum, Gewerbeflächen und der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen.
 - BW investiert weiter in den Klimaschutz in allen Sektoren. Es bedarf des richtigen Zusammenspiels von Effizienz (z. B. energetische Gebäudesanierung), Konsistenz (z. B. erneuerbare Wärme) und Suffizienz (z. B. reduzierte Pro-Kopf-Wohnflächen) zur Senkung des Energieverbrauchs. Flächenansprüche, die zur Transformation in Richtung Klimaschutz beitragen, sind in der Abwägung bevorzugt zu behandeln.
 - BW passt sich an den Klimawandel an. Präventive Maßnahmen werden bspw. im planerischen Hochwasserschutz umgesetzt, Frischluftschneisen und überflutungsgefährdete Bereiche werden von Bebauung freigehalten. Gegen Hitze und Starkregen helfen integrierte und überkommunal abgestimmte Ansätze, die auch die Themen der urbanen Klimaresilienz aufgreifen.
- 
- BW gestaltet die dringend benötigte Bauwende. Landesseitige Baunormen sollen ressourcenschonendes, kreislauffähiges und bezahlbares Bauen ermöglichen. Angepasste rechtliche, politische und fiskalische Rahmenbedingungen machen den Umbau und damit den Erhalt von Bausubstanz wirtschaftlich attraktiv.
 - BW schützt und verbessert seine Biodiversität, um die Diversität und Resilienz der Landschaft und Landwirtschaft zu erhalten bzw. zu erhöhen. Der Schutz von Ökosystemleistungen und der Erhalt der Lebensgrundlagen werden ressortübergreifend verfolgt. Dadurch wird auch die Ernährungssicherheit in Baden-Württemberg gestärkt.
 - BW stärkt das Wohnraumangebot für untere und mittlere Einkommensgruppen. Regionale Wohnraumstrategien sollen kooperativ entwickelt und umgesetzt werden. Kluge Konzepte priorisieren Innen- vor Außenentwicklung.



Wie werden die Ziele strukturell erreicht?



Die **Landes- und Regionalplanung** trägt entscheidend dazu bei, räumliche Zielkonflikte frühzeitig zu erkennen, aufzugreifen und zu deren Lösung beizutragen. Gute Planung auf der jeweils richtigen Ebene (also auch Land und Region) ist ein Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung, weil übergeordnete Fragen nicht von den Kreisen oder Gemeinden derart intensiv verhandelt werden müssen.

Dies gilt umso mehr, als dass eine **Priorisierung knapper öffentlicher Mittel** übergreifend abgestimmte Konzepte und flächendeckend anwendbare Umsetzungsinstrumente braucht. Landesweite Klärungen und regionale sektorübergreifende Planungen können somit zu effizienter und zielorientierter kommunaler Verwaltung beitragen. Gute Planung hilft, die knappen Finanzmittel effektiv und effizient einzusetzen, statt sie mit der Gießkanne zu verteilen.



Handlungsbedarfe und -ansätze:

1) Auf Landesebene

- Das neu gegründete Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) hat wichtige Impulse für die Wiederaufnahme der Raumbewertung und die Vorbereitung zur Aufstellung des neuen Landesentwicklungsplans gegeben. Diese institutionelle Grundlage gilt es weiter auszubauen, personell und finanziell zu verstetigen sowie systematisch für gesellschaftliche wie fachliche Diskurse zu nutzen.
- Der geplante neue Landesentwicklungsplan (LEP) sollte in der kommenden Legislaturperiode beschlossen werden und einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung aktueller Transformationsaufgaben leisten. Der LEP sollte die Situation von Baden-Württemberg in einer sich veränderten Welt reflektieren und sektorübergreifend bei der strategischen Ausrichtung helfen. Er kann Zielkonflikte direkt auf Landesebene adressieren und lösen, wodurch die Umsetzung auf regionaler und kommunaler Ebene beschleunigt wird. Der LEP sollte in jeder Legislaturperiode überprüft werden, um auf Entwicklungen reagieren zu können, ohne dadurch die langfristige Orientierung und Planungssicherheit hintenanzustellen.
- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollte in der Landesplanung stärker verankert werden. Damit können die räumlichen Verflechtungen und die benachbarten starken Zentren dies- und jenseits der Grenze stärker in den Fokus rücken.
- Für die Umsetzung von planerischen Abwägungen sind die Strategien der Raumentwicklung mit den vielfältigen Förderpolitiken einzelner Landesministerien zu verknüpfen. Folglich kann Planung schneller in die Praxis übersetzt werden als allein über die kommunale Bauleitplanung. Statt kurzfristiger Modellprojekte braucht es dafür langfristige Förderprogramme, die erfolgreiche Ansätze sichern und in die Breite tragen. Wettbewerbsorientierte Förderlogiken sollten daher um Strukturen ergänzt werden, die eine dauerhafte Finanzierung ermöglichen.



- Ein landesweites Förderprogramm für stadtregionale Kooperationen sollte eingeführt werden, dass die Bildung von Agglomerationen nach dem Vorbild der Schweiz und die abgestimmte Weiterentwicklung urbaner Verflechtungsräume unterstützt. Diese sollten auf Basis integrierter Planungen erleichtert an landesweiten Förderprogrammen partizipieren. Die thematische Ausrichtung umfasst Handlungserfordernisse, die nicht mehr zielführend auf kommunaler Ebene allein bearbeitet werden können, z. B. Siedlungsflächenpolitik, Verkehrswende oder Anpassung an den Klimawandel.

2) Auf regionaler Ebene

- Die Regionalverbände haben sich als wichtige Akteure für Herausforderungen der Transformation bewährt, zuletzt bei der Ausweisung von Flächen für Wind- und Solarenergie. Durch die Nähe zur Umsetzungsebene der Kommunen und dem koordinierenden Blick auf alle relevanten Fachbereiche sind sie bestens geeignet, sie mit anderen Aufgaben mit landesweiter Relevanz für die flächendeckende Umsetzung zu betrauen, wie z. B. die Flächenkonzeption für Lkw-Ladeinfrastrukturen oder Vorhaben des Netzausbaus. Perspektivisch könnte sich auch die zunehmende Bedeutung künstlicher Intelligenz u. a. durch Serverzentren auf den Raum auswirken und dann eine neue Koordinierungsaufgabe für Regionalverbände bedeuten.
- Planerische Instrumente auf der regionalen Ebene sind derart weiterzuentwickeln, dass die notwendigerweise überlokalen Entscheidungen abgestimmt und festgelegt werden können. Beispielsweise helfen regionale Entwicklungskonzepte die Regionalpläne auf Transformationsaufgaben wie Energie- und Verkehrswende auszurichten.
- Für eine gute Landes- und Regionalplanung gilt es, in der Umsetzung Traktion zu erreichen. Denn Plansätze entfalten nur eine reale Wirkung, wenn sie sich bei konkreten Entscheidungen in privaten und staatlichen Planungsprozessen durchsetzen. Dafür sind über den LEP die instrumentellen Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung braucht es klare Strukturen, vereinfachte Förderwege und verbindliche Kooperationen. Dazu sollen regionale Kümmererstellen eingerichtet werden, die Beratung, Planung und Genehmigungsbegleitung bündeln und als zentrale Ansprechpartner für Kommunen und Initiativen fungieren. Gleichzeitig kann eine ausgebaute Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) langfristige Strategien als Bindeglied zwischen Landesplanung und kommunaler Ebene etablieren.
- Neue Datengrundlagen wie die systematische Raubeobachtung, die Güteklassen des öffentlichen Verkehrs oder das Landesverkehrsmodell sind eine wichtige Basis für fundierte regionale Entscheidungen. Angesichts besserer Abwägungen können die rechtlichen Möglichkeiten in der Planung ebenfalls weitergedacht werden, z. B. für Festlegungen innerhalb von Kommunen zur Siedlungsentwicklung in Form von städtebaulichen Konzentrationsbereichen.

Die Rolle der Regionalverbände, -planung und -entwicklung im Mehrebenensystem muss gestärkt werden. Als Scharnier zwischen der lokalen und der überregionalen Ebene sind sie besonders geeignet, Siedlungsentwicklung, umweltverträgliche Mobilität und die Sicherung von Freiräumen und Grünzügen übergeordnet und gemeinwohlorientiert zu koordinieren. Dabei ist die **Stärke der Regionalverbände in Baden-Württemberg ihre Kommunalverfasstheit**. Damit sind sie nah an der Umsetzungsebene und vermitteln zwischen den übergeordneten Interessen und den Bedürfnissen vor Ort.



Wie werden die Ziele inhaltlich erreicht?

Für die Lösung bestehender Konflikte zur räumlichen Entwicklung ist es wichtig, diese klar zu benennen und um gemeinsame Lösungsansätze zu ringen. Die Berichte zur Raumbeobachtung und die Diskussionen zum Landesentwicklungsplan haben hierzu einen relevanten Beitrag geleistet.

Übergeordnete gemeinsame Leitbilder helfen, konkrete Herausforderungen anzugehen, sodass sie in den großen Rahmen passen und zu einer gelingenden Gesamtentwicklung beitragen.

Handlungsbedarfe und -ansätze:

1) Mit Blick auf das Ziel gleichwertige Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge

- Ressourcenknappheit, Reboundeffekte, Problemverlagerungen sowie intra- und intergenerationale Gerechtigkeitsbelange stellen die Realisierbarkeit wie Erwünschtheit der universellen Priorisierung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums in Frage. Daher sollten die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Finanzierung der Daseinsvorsorge unabhängig vom Wirtschaftswachstum gestaltet werden.
- Für eine stimmige und kosteneffiziente gesellschaftliche Organisation ist es wichtig, die räumliche Entwicklung klar auf zentrale Orte und großräumige Entwicklungsachsen auszurichten. Nur so sind die hohen Anforderungen an die Erhaltung und die Weiterentwicklung von linearen und punktuellen Infrastrukturen zu finanzieren.
- Mittelzentren in ländlichen Regionen erbringen besondere Integrationsleistung, die es zu stärken und zu sichern gilt, z. B. durch die Konzentration von Bildungs- und Versorgungsangeboten. Es empfiehlt sich über Anpassungen von Fachgesetzen nachzudenken, um die Attraktivität von Mittelzentren als Arbeitsorte, Siedlungsschwerpunkte und Verkehrsknoten zu sichern. Insgesamt sollten sich daher viele sektorale Politiken auf Klein- und Mittelstädte (zentrale Orte) fokussieren.



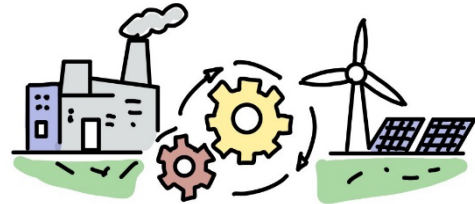
2) Mit Blick auf die Ziele Klimaschutz und -anpassung sowie Biodiversität

- Klimaschutz und Klimaanpassung müssen als Querschnittsthema dauerhaft und übergreifend in der Landes- und Regionalplanung adressiert werden.
- Zur Bewältigung der Biodiversitätskrise werden die landesweiten, regionalen und kommunalen Biotopverbundplanungen in Kooperation mit der Naturschutz- und Forstverwaltung (Verbundkorridore) sowie den Wiedervernetzungen an Verkehrswegen umgesetzt.
- Als zentrales Instrument zum Schutz von Landschaft und Biodiversität hilft der Landschaftsrahmenplan auf regionaler Ebene dieses Ziel zu erreichen.



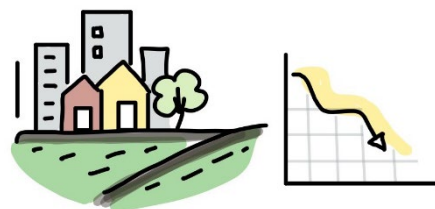
3) Mit Blick auf das Ziel einer zukunftsfähigen Wirtschaft

- Eine zukunftsfähige Wirtschaft priorisiert den langfristigen ökologischen, sozialen und auch ökonomischen Nutzen vor der kurzfristigen monetären Gewinnmaximierung. Dies setzt ein neues, mehrdimensionales Verständnis von Wohlstand voraus, das dessen Verteilung in den Blick nimmt, sich stärker an Nachhaltigkeit orientiert und über materielle Bedürfnisse hinausgeht. Die Nachhaltigkeitsstrategie und der Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in BW weisen bereits in diese Richtung.
- Für die Neuansiedlung von Unternehmen aus zukunftsfähigen Wirtschaftszweigen wird Raum geschaffen. Bei Transformationsprozessen der Wirtschaft wird darauf geachtet, dass freiwerdende bereits genutzte Flächen vorrangig genutzt werden.
- Landesweit wichtige zusätzliche Industriestandorte brauchen für ihr Funktionieren und ihre Akzeptanz einen hohen Standard der infrastrukturellen Erschließung und ökologischen Verträglichkeit. Die Themen Wohnen, Mobilität und Energie müssen dafür integriert mitbedacht werden.



4) Mit Blick auf das Ziel eines verantwortungsvollen Umgangs mit Fläche

- Mindestdichtewerte auf Landes- und Regionalplanungsebene, die Wohnungsbau ermöglichen und gleichzeitig die Inanspruchnahme des Freiraums begrenzen sowie Nachfragepotenziale für effiziente Verkehrs- und Versorgungsstrukturen schaffen, sind zentrales Instrument einer nachhaltigen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung und sollten daher landesweit Anwendung finden.
- Ein systematisches Flächenmanagement soll die vorhandenen Flächen gut nutzen helfen. Ein jährliches Monitoring sollte bei Überschreiten von Flächenzielen bestimmter Werte restriktivere Eingriffe in die Flächenausweisung bestimmen.
- In ländlichen Räumen gilt es, Leerstandsbelebung und Innenentwicklung in Dorfkernen zu fördern. Alternative Wohnformen, altersgerechtes Wohnen und Mehrgenerationenwohnen sollten angesichts des demographischen Wandels im ländlichen Raum stärker entwickelt werden. Über einen neuen (rechtlichen) Umgang mit nicht sinnvoll genutzten privaten Flächen sollte nachgedacht werden.





Welche Rolle spielen Beteiligungsformate?

Räumliche Planung auf der Ebene des Landes (Landesplanung) und seiner Regionen (Regionalplanung) ist als überfachliche und überörtliche Planung nicht Einzelinteressen verpflichtet. **Gemeinwohlorientiert führt sie Interessen und Akteure frühzeitig zusammen** und zielt auf eine nachhaltige Raumentwicklung ab. Dafür ist es entscheidend, unterschiedliche, auch bislang unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen systematisch in den Blick zu nehmen.



Räumliche Planung muss und kann mit Beteiligung und Transparenz die Akzeptanz von und die Mitwirkung bei Planungen stärken und somit die **Rechtssicherheit von Vorhaben und Planungen** unterstützen. Eine angemessene Beteiligungskultur findet eine Balance zwischen Reaktionsfähigkeit (bspw. durch Planungsbeschleunigung), Handlungsdruck (bspw. aufgrund von Klimaeffekten und des Verlustes von natürlichen Lebensgrundlagen) und den Anliegen von Mitbestimmung und demokratischen Prozessen.

Handlungsbedarfe und -ansätze:

- Es gilt, passende informelle Instrumente und Partizipationsformate für unterschiedliche Betroffene und Interessierte zu nutzen. Es braucht sowohl Mut zur Offenheit („Experimentierräume“, Bürger:innenräte und Budgets) als auch Kontinuität in den Verfahren (Frühzeitigkeit, Verbindlichkeit und Klarheit bei Themen und Ansprechpartnern).
- Digitale Informations- und Beratungsinstrumente können die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von überkommener räumlicher Planung fördern. Sie sollten daher für wichtige Themenfelder der Landes- und Regionalplanung gestärkt werden.
- Kommunen sind zentrale Akteure, um Beteiligung systematisch zu fördern und umzusetzen. Sie müssen hierzu entsprechende Ressourcen erhalten.



Zum Weiterlesen

Jüngere Positionspapiere aus der ARL zum Thema Transformation und aus dem Regionalen ARL-Forum Baden-Württemberg:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hrsg.) (2025):
Raumentwicklung für eine gute Zukunft: Jetzt die große Transformation gestalten –
Ergebnisse der ARL-Tagung am 7. und 8. November 2024 in Radolfzell am Bodensee
in elf Botschaften (Bodensee-Protokoll).

Hannover. = Positionspapier aus der ARL 155.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-2505211031157.680912389280>

<https://doi.org/10.60683/1svy-2t56>

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hrsg.) (2025):
Freiraumwende – Vom Freiraum her denken, planen und handeln.

Hannover. = Positionspapier aus der ARL 152.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01522>

<https://doi.org/10.60683/0d74-gn32>

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hrsg.) (2024):
Große Transformation und nachhaltige Raumentwicklung machen:
Impulse zur Umsetzung in der regionalen und kommunalen Praxis.

Hannover. = Positionspapier aus der ARL 148.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01489>

<https://doi.org/10.60683/66zc-c156>